

*Jürgen Schmitter*

**Weder Tabu noch Selbstzweck –**

**Die Notwendigkeit der Schulstrukturdebatte in NRW**

Wer als „alter Hase“ in Sachen Schulreform zu einer Fachtagung des VBE NRW mit dem Thema

*„Schul(structur)entwicklung im Spannungsfeld  
zwischen Vorgaben und Bedürfnissen“*

freundlicherweise eingeladen wird und teilnimmt, der möchte Neues darüber erfahren, wo und wie unsere Schullandschaft in NRW und anderswo „in Bewegung“ ist – so verspricht der Einladungstext.

Hier ein kurzer Bericht.

In seiner Einleitung erläutert der VBE-Vorsitzende Udo Beckmann das Thema: „Auch in NRW fordern immer mehr gesellschaftliche Gruppen schulstrukturelle Veränderungen. Die Landesregierung muss sich fragen lassen, für wen sie eigentlich Politik machen will“.

Erschreckend ist, wie uneinsichtig - aber eindeutig - Abteilungsleiter Reinhard Aldejohann aus dem Schulministerium für die nordrhein-westfälische Landesregierung antwortet: Das gegliederte Schulsystem sei ein „gewachsenes Angebot“ an die Eltern, „leistungsorientiert und bewährt“. Dabei nennt er landesweite „stabile“ Prozentzahlen für den Übergang, ohne die Streubreite in verschiedenen Regionen und die Zahl der Abweisungen - insbesondere bei den Gesamtschulen - zu beachten. Das grenzt schon an Manipulation. Während der gesamten Tagung wird deutlich, wie isoliert diese Position der Landesregierung ist.

Dr. Siegfried Kost bringt es später auf den Punkt: „Längeres gemeinsames Lernen ist kein Wert an sich“, aber um die „instruktive Lernkultur“ im Interesse der Förderung aller Kinder und Jugendlichen durch die Kultur selbstbestimmten und kooperativen Lernens abzulösen, müssen die Schulstrukturen geändert werden. Dabei, so Udo Beckmann schon in der Einleitung, ist das Gymnasium bezüglich der Schulstrukturfrage „nicht sakrosankt“. Für viele gesellschaftliche Gruppen sei diese Frage längst kein Tabu mehr.

Beispiele für realisierte oder geplante Vorhaben werden vorgestellt:

- Wolfgang Meyer-Hesemann (Staatssekretär im Bildungsministerium Schleswig-Holstein) berichtet über den Boom der Gemeinschaftsschule in seinem Land, das von einer großen Koalition von SPD und CDU regiert wird. Durch die 2007 gesetzlich ermöglichte Umwand-

lung der Schullandschaft sollen bis 2010/11 130 Gemeinschaftsschulen und 70 Regionalschulen gebildet werden.

- Thorsten Altenburg-Hack (Projektgruppe Schulreform im schwarzgrün regierten Hamburg) informiert über das Projekt des längeren gemeinsamen Lernens (0 bis 6 Jahre) und die zu bildenden Stadtteilschulen (Klasse 7 bis 13).
- Dr. Siegfried Kost (wissenschaftlicher Mitarbeiter der SPD-Landtagsfraktion Sachsen) berichtet über die Gründung von inzwischen neun Gemeinschaftsschulen trotz Widerständen in der staatlichen Schulverwaltung und betont die Veränderung der Lernkultur als Ziel („Selbstbestimmung statt Instruktion“).
- Die Bürgermeister von Ascheberg und Schalksmühle berichten über Planungen von Schulversuchen: „Profilschule“ bzw. „werteorientierte“ Schule. Der evangelische Kirchenkreis Essen will eine „inklusive Gesamtschule“ gründen.

Es folgen Schilderungen über Blockaden und Kompromisse:

- Die Schuldezernentin der Stadt Bonn berichtet vom juristisch gegen Bezirksregierung und MSW ausgetragenen Kampf um eine vierte Gesamtschule in Bonn und über den zum Glück gescheiterter Versuch der Landesregierung, den Elternwillen zu torpedieren.
- Der CDU-Bürgermeister der Gemeinde Schöppingen (Kreis Borken) erläuterte den mit Bezirksregierung Münster und MSW ausgehandelten Kompromiss einer mit der bestehenden Gesetzesnorm konformen Verbundschule in Schöppingen und einer Gymnasialdependenz in Horstmar. Zum Schluss äußert er die Hoffnung, dass in Zukunft aus der Verbundschule eine Gemeinschaftsschule werde, die auch Schülerinnen und Schüler einschließt, die jetzt noch auf das Gymnasium gehen.
- Klaus Hebborn (Städtetag NRW) und Claus Hamacher (Städte- und Gemeindebund NRW) tragen Vorschläge und Wünsche der kommunalen Spitzenverbände vor. Es fällt auf, dass beide die Vorläufigkeit ihrer Positionen betonen: der Städtetag habe die Inklusionsvorgaben der UN-Resolution noch nicht berücksichtigt, der Städte- und Gemeindebund NRW könne sich auch die Einbeziehung der Gymnasien vorstellen.

Die Abschlussdiskussion mit den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Landtagsfraktionen - Sigrid Beer (Grüne), Klaus Kaiser (CDU), Ingrid Pieper von Heiden (FDP) und Ute Schäfer (SPD) - bringen

keinerlei neue Erkenntnisse; die Frage von Udo Beckmann an Klaus Kaiser, was er unter „Einheitsschule“ versteht, bleibt unbeantwortet.

Zusammenfassend stelle ich fest:

- Die Landesregierung der CDU-FDP-Koalition ist mit ihrer ideologischen, an Klientel-Interessen orientierten Auffassung des Aussortierens von Kindern nach Schulformen völlig isoliert.
- Die vielfältigen Initiativen, Modelle und Versuche, die Schulstrukturfrage im Interesse der Förderung aller Kinder und Jugendlichen zu lösen, verstärken den „Druck im Kessel“, wie in der Diskussion formuliert wird.
- Alle Gruppierungen geben einer sachgemäßen Lösung der Schulstrukturfrage vor Ort bzw. im Stadtteil den Vorzug (Stichwort: Kommunalisierung).
- Daher muss das Schulgesetz dringend novelliert werden, um die Möglichkeiten einer Schule für alle Kinder und Jugendliche mit einem einheitlichen Abschluss nach Klasse 10 und der Möglichkeit einer qualifizierten Berufsausbildung oder/und einer Vorbereitung auf ein Studium (im Rahmen der Sekundarstufe II) zu schaffen. Die Bezeichnung dieser Schule ist nachrangig.
- Wer sich historisch auskennt, weiß, dass die Reichsschulkonferenz 1920 nach kontroverser Diskussion nur den Kompromiss einer Gesamtschule für alle Kinder von Klasse 1 bis 4 geschafft hat: die heutige Grundschule. Auf der Tagesordnung unserer Demokratie steht, davon sind immer mehr Menschen überzeugt, die „Gesamtschule“ bis Klasse 10.

*Dr. Jürgen Schmitter, Metelen*